

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE IN DEN BALTISCHEN STAATEN: LITAUEN

STUDIE



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SITUATION IN DEN BALTISCHEN STAATEN: LITAUEN

Prof. Dr. Boguslavas Gruževskis

Dr. habil. Inga Blažienė

1. Wirtschaftliche Situation und Bevölkerungsentwicklung

Wirtschaftliche Situation

Die Wirtschaft Litauens und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren lassen sich am besten anhand dreier Merkmale beschreiben, in denen sich Litauen von den anderen EU-Mitgliedstaaten unterscheidet.

- 1) Das nationale Bruttoinlandsprodukt (BIP) Litauens gehört zu den niedrigsten der Europäischen Union.
- 2) Der auf die Beschäftigten entfallende Anteil des BIP ist einer der geringsten unter den Mitgliedstaaten der EU.
- 3) Litauen zeichnet sich durch die geringste wirtschaftliche Stabilität aus, d.h. in den letzten zehn Jahren hat das litauische BIP sowohl den tiefsten Absturz als auch den rasantesten Anstieg unter allen EU-Mitgliedstaaten erlebt.

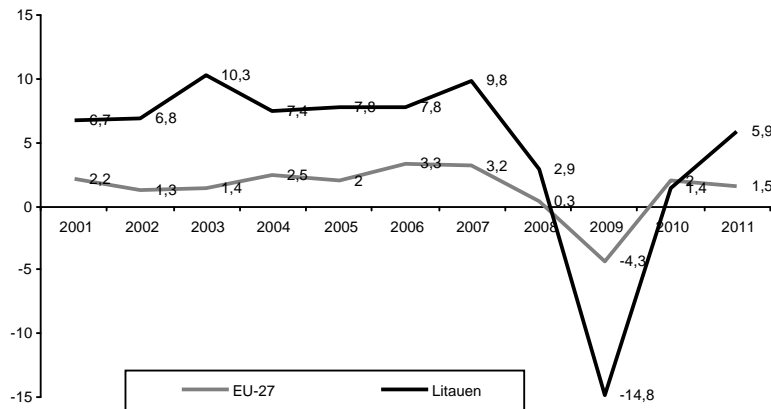
Das litauische BIP zu laufenden Preisen belief sich 2011 auf 106 Mrd. Litas (30,7 Mrd. EUR) bzw. 33 000 Litas (9500 EUR) pro Kopf der Bevölkerung; damit lag Litauen an viertletzter Stelle im EU-weiten Vergleich (siehe Anhang 1).

Abgesehen davon, dass in Litauen eines der geringsten BIP pro Kopf der Bevölkerung erwirtschaftet wird, beträgt der auf die Arbeitnehmer entfallende Anteil des BIP nicht einmal 40%, während er im Durchschnitt der EU-27 bei etwa 50% liegt (siehe Anhang 2).

Diese Situation (niedriges BIP und geringer BIP-Anteil der Arbeitnehmer) lässt automatisch auf gewisse arbeitsmarktbezogene Probleme schließen bzw. diese erahnen: geringe Mindest- und Durchschnittslöhne (und entsprechend geringer Konsum und Lebensstandard), geringe wirtschaftliche Anreize zur Arbeit, Abwanderung in Länder mit höherem Lebensstandard mit dadurch bedingter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie Ausbreitung der Schattenwirtschaft.

Erschwerend kommt hinzu, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Litauen besonders schwankend verläuft. Während das BIP in Litauen in den letzten zehn Jahren wesentlich schneller wuchs als in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten, fiel es 2009 auch besonders rasch in sich zusammen (siehe Abb. 1). Nach Angaben von Eurostat wurde die Wachstumsrate des litauischen BIP 2007 nur von der Slowakei (10,5%) und 2011 nur von Estland (7,6%) überflügelt. 2009 dagegen war nur in Lettland (-17,7%) ein noch größerer Einbruch als in Litauen zu verzeichnen. Die ungleichmäßige Wirtschaftsentwicklung verleitet zur ineffizienteren Nutzung der Ressourcen (einschließlich der Humanressourcen) und erschwert die gerechte Verteilung des Wohlstands. Dies verstärkt wiederum die nachteiligen sozialen Folgen für das Land.

Abb. 1. Entwicklung des BIP (% im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren)



Quelle: Eurostat

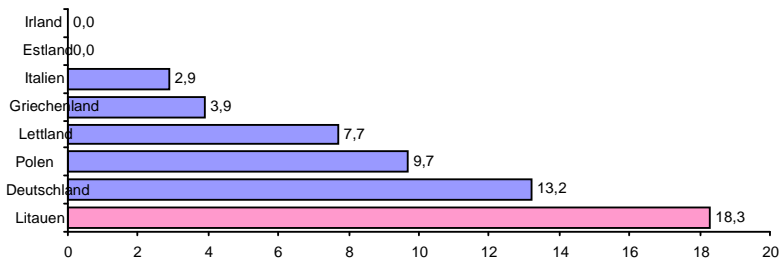
Ein weiteres negatives Merkmal der Wirtschaftsentwicklung in Litauen ist ein Wirtschaftswachstum ohne Schaffung neuer Arbeitsplätze (Näheres dazu im Abschnitt 5).

Demografische Entwicklung

Die Bevölkerung Litauens geht kontinuierlich zurück, allein in den letzten zehn Jahren (2001-2010) um 242 400 bzw. 7%. Davon sind 140 500 (58% des Rückgangs insgesamt) auf die negative Nettozuwanderung zurückzuführen und 101 900 (42%) auf die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung.

Obwohl die Geburtenrate nur geringfügig unter dem EU-Durchschnitt liegt, ist in Litauen eine rasche Alterung der Bevölkerung zu verzeichnen, bei der der Anteil der Senioren (über 60 Jahre) in der Gesellschaft steigt und der der Kinder und Jugendlichen sinkt. Gab es Anfang 2001 pro 100 Kinder bis 14 Jahren noch 97 Ältere, so betrug das Verhältnis Anfang 2011 bereits 100:144. Zwar steht Litauen beim Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung noch nicht an erster Stelle, doch hat es in den vergangenen Jahren die schnellste Alterung der Bevölkerung zu verzeichnen (siehe Abb. 2).

Abb. 2 Geschwindigkeit der Bevölkerungsalterung¹ in ausgewählten Ländern der EU 2006-2011, in Prozent



Quelle: Eurostat

Des Weiteren nimmt Litauen unter den EU-Staaten bei der durchschnittlichen Lebenserwartung und Sterblichkeit der Bevölkerung die letzte Stelle ein, insbesondere unter der männlichen Bevölkerung;

¹ Veränderung des Indikators "Einwohner über 60 Jahren pro 100 Kinder zwischen 0 und 14 Jahren" über einen bestimmten Zeitraum.

litauische Männer leben im Durchschnitt (68,1 Jahre) kürzer als alle anderen Männer in der EU (Zahlen von 2011). Die 1965 verzeichnete höchste Lebenserwartung der Männer (68,6 Jahre) wurde seitdem nie wieder erreicht.

Darüber hinaus verzeichnet Litauen unter Männern weltweit die meisten Selbstmorde²; die Sterblichkeit der Männer zwischen 30 und 60 Jahren liegt 3,5mal höher als im EU-Durchschnitt. Im weltweiten Vergleich hat Litauen auch einen besonders großen Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen zu verzeichnen (2011: 10,7 Jahre), so dass es in der oberen Altersgruppe fast doppelt so viele Frauen wie Männer gibt.

Die ungünstige natürliche Bevölkerungsentwicklung wird durch die negative Wanderungsbilanz noch zugespitzt. In jedem Jahr des letzten Jahrzehnts wanderten mehr Menschen aus Litauen aus als nach Litauen ein. Die Auswanderungsquote pro tausend Einwohner (zwischen 2010 und 2011: mehr als 10 Personen) ist die höchste in der EU. Zwischen 2004 und 2011 emigrierten 330 000 Personen aus Litauen, insgesamt waren es seit 1990 etwa 668 000.

Besonders besorgniserregend ist dabei, dass es sich bei den meisten Auswanderern um junge, gut ausgebildete Menschen im besten Erwerbsalter handelt (2010 waren 77% der Emigranten zwischen 15 und 44 Jahre alt), so dass die litauische Bevölkerung noch schneller altert und jedem Erwerbstätigen ein immer größerer Anteil der nicht wirtschaftlich aktiven Bevölkerung gegenübersteht. Die Struktur der Auswanderung verschärft die demografischen Probleme und behindert auf Dauer die wirtschaftliche Entwicklung, weil das Land qualifizierte Menschen mit Unternehmungsgeist einbüßt; unter der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte leiden zum Beispiel die Informationstechnologie, das Gesundheitswesen und ähnliche Branchen³.

2. Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt auch die Dynamik der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Die in den letzten zehn Jahren um etwa 10 Prozentpunkte schwankende Arbeitslosenquote belegt, wie schwerfällig sich der Arbeitsmarkt jeweils von Krisenerscheinungen erholt hat (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit unter den 15-64-Jährigen in Litauen 2001-2011

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Arbeitslosenquote (in %)	17,6	14,0	12,5	11,5	8,4	5,7	4,4	5,9	13,9	18,1	15,6
Quote der Langzeitarbeitslosen ⁴ (in %)	58,8	54,9	50,2	53,3	54,9	44,3	32,2	21,2	23,2	41,4	51,9
Jugendarbeitslosenquote (in %)	31,1	23,0	24,8	22,5	15,7	9,8	8,2	13,4	29,2	35,1	32,9
Beschäftigungsquote (in %)	57,2	59,6	60,9	61,1	62,6	63,6	64,9	64,3	60,1	57,8	60,7
Erwerbslose (in Tsd.)	283,7	224,4	202,5	183,5	132,8	88,9	68,9	93,4	224,3	290,7	248,5
Erwerbstätige (in Tsd.)	1324,2	1383,8	1413,7	1416,9	1454,0	1475,9	1505,8	1490,2	1387,5	1319,6	1342,1

Quelle: Litauisches Amt für Statistik

Die Zahl der Arbeitslosen zwischen 15 und 64 Jahren nahm während der Krise besonders stark zu und erreichte 2010 mehr als das Vierfache von 2007. Die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe stieg um fast 14 Prozentpunkte auf 18%. Mit der raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit in Litauen wuchs

² Kniezaitė, Milda: Todesfälle als Grenzsteine des Wohlstands. März 2012. Im Internet unter: http://www.alfa.lt/straipsnis/14160197/Kai.mirtys.zymi.Lietuvos.geroves.uzribi=2012-03-31_14-06/.

³ Migration in Zahlen, 2012. Im Internet unter <http://123.emn.lt/en>.

⁴ Langzeitarbeitslosigkeit: Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosenzahl insgesamt.

auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen (Personen, die mehr als 12 Monate lang keine Beschäftigung fanden) und deren Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Nach Angaben des Amtes für Statistik stieg der Anteil der Langzeitarbeitslosen zwischen 2008 und 2011 von 20% auf 60%. Während der Krise nahm insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zu; die Quote stieg seit 2007 um fast 30 Prozentpunkte und ist bis heute im EU-weiten Vergleich eine der höchsten.

Besonders negativ wirkte sich die Krise auf dem Lande aus. Unter den 15-64-jährigen Landbewohnern ging die Beschäftigtenquote rasch zurück und betrug 2010 nur noch 49%, während in den Städten 62% der gleichen Altersgruppe in Lohn und Brot standen. Die Arbeitslosigkeit auf dem Land lag 2008 entsprechend bei 6,2% und 2010 bei 22,7%, während sie in der Stadt nur 16,2% erreichte.

Die massive Auswanderung, die hohe offizielle Arbeitslosenquote und die zäh verlaufende Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt in Litauen sind auch auf die geringen Löhne und Gehälter zurückzuführen; nach seinem durchschnittlichen Erwerbseinkommen belegt Litauen einen der letzten Plätze in der EU (siehe Anhang 3). Zu allem Überfluss war bei den Arbeitslöhnen, die zwischen 2005 und 2008 dynamisch gewachsen waren, nach Beginn der Krise nicht nur kein Wachstum mehr zu verzeichnen, sondern sie gingen zwei Jahre in Folge zurück; selbst 2011 war noch ein Rückgang der Reallöhne zu verzeichnen (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer in Litauen und seine Entwicklung gegenüber dem Vorjahr 2001-2011

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst (in Litass)	982,3	1013,9	1072,6	1149,3	1276,2	1495,7	1802,4	2151,7	2056	1988,1	2042,0
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst (in Prozent des Vorjahresverdienstes)	101,2	103,2	105,8	107,2	111,0	117,2	120,5	119,4	95,6	96,7	102,7
Realer Arbeitsverdienst (in Prozent des Vorjahresverdienstes)	99,6	103,8	109,2	104,9	106,8	114,9	117,0	110,1	92,8	95,7	98,5

Quelle: Litauisches Amt für Statistik

Infolge dieser Entwicklung des Arbeitsverdienstes stieg der durchschnittliche Jahresverdienst in Litauen in den letzten 3-4 Jahren nur um 7% (500 EUR), während in Rumänien über den gleichen Zeitraum eine Zunahme von 22% (bzw. 1100 EUR) und in Bulgarien sogar von 56% (bzw. 1500 EUR) und in Lettland von immerhin 28% (bzw. 1900 EUR) zu verzeichnen war. Aufgrund dieser geringen Lohnzuwächse schwinden nicht nur die Chancen auf eine Angleichung der Arbeitsverdienste zwischen Litauen und den EU-15, sondern auch die Attraktivität des litauischen Arbeitsmarktes für die einheimischen Arbeitskräfte. Dies kann, angesichts der traditionell niedrigen Einwanderungsrate, in Zukunft immer mehr Schwierigkeiten für litauische Unternehmen schaffen, entsprechend ausgebildete Fachkräfte zu finden. Dabei kann man nicht behaupten, dass die Einheimischen nicht in Litauen arbeiten wollen – sie sind nur nicht bereit, für die geringen Gehälter zu arbeiten, die ihnen in Litauen geboten werden.

Der durchschnittliche Arbeitsverdienst in Litauen bleibt auch deshalb niedrig, weil bereits seit mehr als vier Jahren (seit Januar 2008) der gesetzlich festgelegte Mindestlohn nicht erhöht wurde. Der Brutto-Mindestlohn in Litauen beträgt derzeit⁵ 800 Litass (232 EUR) und ist damit einer der

niedrigsten in der EU. Dies bedeutet nicht nur erhebliche Einschränkungen im Konsumverhalten bestimmter Gruppen, sondern steht auch im Widerspruch zu den Grundsätzen der sozialen Sicherung, indem es wirtschaftliche Inaktivität fördert (siehe Abb.4: Arbeits- und Lebensbedingungen).

Eine weitere Besonderheit des litauischen Arbeitsmarktes ist das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage, das während des Konjunkturrückganges noch stärker zu Tage trat. Sowohl bei der räumlichen Verteilung als auch bei den beruflichen Qualifikationen entspricht das Angebot an Arbeitskräften nicht der jeweiligen Nachfrage. In den Gebieten abseits der größeren Städte mangelt es an qualifizierten Arbeitskräften (gut ausgebildeten Führungskräften, Projektleitern, Ingenieuren, Ärzten und Finanzfachleuten). Unter dem Gesichtspunkt der benötigten Qualifikationen werden in Litauen zu viele Fachleute in universitären Studiengängen ausgebildet, darunter vor allem Studenten der Sozial- und Geisteswissenschaften, während es auf dem Markt zunehmend an technisch und naturwissenschaftlich ausgebildeten Fachleuten und entsprechend qualifizierten Arbeitern fehlt. Allerdings hat sich infolge des Konjunkturerinbruchs die Zahl der Arbeitslosen aller Berufsgruppen und Bildungsabschlüsse verdoppelt bis verdreifacht.

Auch die schwach ausgeprägte Tradition des sozialen Dialogs in Litauen trägt wesentlich zur schlechten Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktsituation bei. Zwar gibt es drei nationale Gewerkschaftsverbände und zwei Arbeitgeberverbände, die sich auf nationaler Ebene aktiv am sozialen Dialog beteiligen, aber auf Betriebs- und insbesondere auf Branchenebene bleibt die Lage weiterhin problematisch. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit ist geringer als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten (siehe Anhang 5), und da in Litauen praktisch keine Branchentarifverträge bestehen, belegt das Land auch nach diesem Kriterium einen der letzten Plätze in der EU.

Auf der vom Weltwirtschaftsforum erstellten Skala der Wettbewerbsfähigkeit rangierte Litauen 2010 auf Platz 47 (von 139) und 2011 auf Platz 44 (von 142). Einen der zehn besten Plätze belegt das Land nur nach zwei Kriterien: bei der geringen Beeinträchtigung der Wirtschaft durch Malaria und bei der Flexibilität der Lohn- und Gehaltsanpassungen. Anders gesagt, finden Verhandlungen um Löhne und Gehälter in Litauen praktisch nicht statt (mit Ausnahme weniger Branchen), und bei der Festlegung des Arbeitsentgelts für den einzelnen Arbeitnehmer halten sich viele Unternehmen (mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes) an keinerlei objektive Vorgaben, Regeln oder Vereinbarungen. Im Übrigen lag Litauen 2011 nach dem Kriterium der Monopolkontrolle auf Platz 99.

3. Wirtschafts- und Sozialpolitik

In den letzten zehn Jahren wurde in Litauen eine unseres Erachtens unangemessene Finanzpolitik verfolgt: In den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden die Staatsausgaben angehoben und die Steuern gesenkt, und während des Konjunkturrückgangs war es umgekehrt. Eine besonders strenge "Sparpolitik" wurde 2009-2010 durch folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 19% auf 21%;
- Verringerung der Altersrenten (die durchschnittliche Altersrente lag 2010 um 8% niedriger als 2009, d.h. die vorherigen 811 Litas (235 EUR) wurden auf 746 Litas (216 EUR) im Monat gekürzt);
- Kürzung der Arbeitslosenunterstützung – der Höchstbetrag wurde zum 1. Januar 2010 um 38% von 1042 Litas (302 EUR) auf 650 Litas (188 EUR) gesenkt – und dadurch bedingt Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenunterstützung auf etwa 550 Litas (159 EUR) im Monat);
- Verschärfung der Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung (der Anteil der Arbeitslosen, die die Unterstützung erhielten, ging von 34% im Jahr 2009 auf 15% zu Beginn des Jahres 2011 zurück);
- Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst (je nach Höhe der Bezüge gingen die Gehälter um 4% bis 12% zurück);
- keine Erhöhung der ohnehin geringen monatlichen Mindestlöhne, usw.

Diese Maßnahmen gingen unter anderem auf die bereits genannte unangemessene Finanzpolitik in der Zeit vor der Krise zurück, in der keine geeigneten Vorkehrungen für mögliche wirtschaftliche Engpässe getroffen wurden.

Mit der nun verfolgten Politik gelang es zwar, die Finanzen des Landes in den Griff zu bekommen, allerdings führte sie auch zu einer Verschärfung und Vermehrung der sozialen Probleme und wurde zum Auslöser für eine zweite Auswanderungswelle (nach dem Beitritt Litauens zur EU).

Um die Auswirkungen der Maßnahmen zu kompensieren, die keine Impulse für die Wirtschaft gegeben hatten, wurde 2009 ein mit hohen Erwartungen verbundenes Konjunkturprogramm aufgelegt. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollten die Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen erweitern, die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern, die beschleunigte Nutzung von EU-Strukturfondsmitteln fördern, das unternehmerische Umfeld verbessern und Export und Investitionen ankurbeln. Experten zufolge⁶ brachte das Programm jedoch keinerlei greifbare positive Ergebnisse hervor. Im Gegenteil, die Regierung war in ihrer Reaktion auf die Krise in Litauen vor allem bemüht, den Haushalt auszugleichen (d.h. zu sparen) und die Wirtschaft anzukurbeln (d.h. das Geschäftsumfeld zu verbessern und zu liberalisieren), ließ dabei aber das Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen und/oder bestehende zu erhalten, völlig unberücksichtigt.

Um unter den erheblich erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen zu überleben, bemühten sich die Unternehmen, die Kosten zu drücken, darunter auch die Lohnkosten für ihre Beschäftigten. 2009-2010 wurden die Gehälter der Beschäftigten vieler privater und staatlicher Unternehmen, Behörden und Organisationen gekürzt (mit oder ohne Einverständnis der Gewerkschaften), oder den Beschäftigten wurde unbezahlter Urlaub bzw. Kurzarbeit verordnet, wodurch die Löhne und Gehälter entsprechend geringer ausfielen.

Um den litauischen Arbeitnehmern sowohl gegen die Unternehmen als auch gegen die "sparsame" Regierung den Rücken zu stärken, ergriffen die Gewerkschaften während der Krise auf nationaler Ebene die Initiative. 2011 trat der Dreier-Rat der Sozialpartner Litauens (LRTT), der wichtigsten Institution des sozialen Dialogs in Litauen, mehrmals zusammen, LRTT-Mitglieder verhandelten mit dem Premierminister über die Erhöhung des Mindestlohns sowie über das Für und Wider der Liberalisierung des Arbeitsrechts. Die Sozialpartner konnten sich zwar lange nicht über die Erhöhung des Mindestlohns einigen (die erste Erhöhung seit Januar 2008 ist derzeit für Mitte 2012 vorgesehen), aber immerhin gelang es den Gewerkschaften, mehrere geplante Initiativen zur Liberalisierung des Arbeitsrechts abzuwenden, so die Lockerung der Kündigungsbedingungen, den vermehrten Rückgriff auf Zeitarbeitsverträge, Überstunden usw.

Da die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze so vernachlässigt wurde, ging die Zahl der Beitragszahler zur Sozialversicherung in Litauen deutlich zurück (2008: 1 463 000, 2011: 1 304 000). Dieser Rückgang sowie die Abwanderung (insbesondere der jüngeren Altersgruppen) und die Alterung der Gesellschaft (ab 2016 werden alljährlich mehr Personen in den Ruhestand gehen, als junge Menschen mit 16 Jahren in das Arbeitsleben eintreten) wirken sich erschwerend auf die Aussichten aus, den litauischen Sozialversicherungsfonds auszugleichen, der seit 2009 jedes Jahr mit über 2,5 Mrd. Litas in der Kreide steht.

Dass die Regierung bei ihren politischen Entscheidungen zu wenig Rücksicht auf soziale Belange nimmt, schlägt sich auch in der öffentlichen Meinung nieder. Eine Umfrage der Technischen Universität Kaunas (KTU) von 2011, an der 1187 Einwohner Litauens teilnahmen, ergab folgendes Bild:

- Mehr als 90% der Befragten sind der Ansicht, dass die Armut, die Kluft zwischen Arm und Reich sowie die Arbeitslosigkeit in Litauen nicht erfolgreich bekämpft werden.

⁶

Konjunkturprogramm gescheitert. Januar 2011. Im Internet unter http://www.alfa.lt/straipsnis/10435011/Ekonomikos_skatimimo_planas_zlugo=2011-01-05_08-32/; "Milliardenschweres Konjunkturprogramm bringt Litauen keinen Nutzen", Januar 2011. Im Internet unter <http://www.visasverslas.lt/portal/categories/10/1/0/1/article/7984/ekonomikos-skatimimo-planas-milijardai-be-jokios-naudos-saliai>; M. Pasiliauskas: "Endet das Konjunkturprogramm im Fiasko?" Oktober 2010. In Internet unter: <http://www.ekonomika.lt/naujiena/ekonomikos-skatimimo-plano-fiasko-774.html>; I. Šiaulienė: "Wo ist das Konjunkturprogramm geblieben?" Januar 2012. Im Internet unter: <http://www.delfi.lt/news/ringas/politics/isiauliene-kur-dingo-ekonomikos-skatimimo-planas.d?id=53982555> u.a.

- Über 80% meinen, dass ein menschenwürdiges Altern in Litauen nicht gewährleistet und dass Arbeit nicht gerecht entlohnt wird.
- Mehr als 70% sind der Ansicht, der litauische Staat versäume es, Unterstützung und Hilfeleistungen für ein vollwertiges Leben von Menschen mit Behinderungen bereitzustellen, die Ausbeutung von Arbeitnehmern zu verhindern, einen mehr oder weniger gleichen Lebensstandard im ganzen Land zu gewährleisten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer Volkszugehörigkeit eine Arbeitsstelle antreten können.

Anders ausgedrückt: Das Vertrauen der Bevölkerung in Parlament und Regierung ist in Litauen seit Jahren schwächer ausgeprägt als in allen anderen EU-Mitgliedstaaten. Nach einer Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Vilnius vom Juni 2012 haben nur 6% der Bevölkerung Vertrauen in das Parlament und 14% in die Regierung⁷.

4. Arbeits- und Lebensbedingungen

Zunächst sei hier noch einmal auf das sehr niedrige Einkommen in Litauen und insbesondere auf die besonders geringe Kaufkraft der Bevölkerung hingewiesen. Tabelle 3 enthält die wichtigsten Zahlen zum durchschnittlichen Einkommen in Litauen.

Tabelle 3: Durchschnittliches Einkommen in Litauen, pro Monat, 1. Quartal 2012

	in Litas	in EUR
Durchschnittliches Arbeitseinkommen (brutto)	2138	620
Durchschnittliches Arbeitseinkommen (netto)	1662	482
Durchschnittliche Altersrente	815	236
Monatlicher Mindestlohn (brutto)	800	232
Durchschnittliche Arbeitslosenhilfe	556	161
Sozialhilfe (pro Person)	130	38

Quellen: Litauisches Amt für Statistik, Ministerium für soziale Sicherheit und Arbeit

Diese im Vergleich zu anderen EU-Staaten ohnehin sehr geringen Beträge erscheinen noch unbedeutender angesichts des durchschnittlichen Preisniveaus in Litauen, das sich in der Nähe vieler EU-Staaten mit höherem Entwicklungsstand bewegt. Nach Angaben von Eurostat liegt der aufgrund des tatsächlichen Verbrauchs der Haushalte ermittelte Preisindex in Litauen bei etwa 60% des durchschnittlichen Wertes der EU-27; für bestimmte Waren liegen die Preise in Litauen nur geringfügig unter dem, was in vielen EU-Ländern verlangt wird. Tabelle 4 illustriert die unterschiedlichen Preise für bestimmte Warengruppen in der EU und Litauen.

Tabelle 4: Preisindex für bestimmte Gruppen von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen, EU und Litauen 2010, in Prozent

	EU-27	Litauen
Kleidung und Schuhe	100	99
Elektronikartikel	100	97
Private Fahrzeuge	100	92
Haushaltsgeräte	100	91
Strom, Gas u. a. Brennstoffe	100	80
Alkoholische Getränke und Tabak	100	77

⁷

Ergebnisse der Umfrage "Vertrauen in die Institutionen", Vilnius, Juni 2012. Im Internet unter <http://www.vilmorus.lt/index.php?mact=News,cntnt01,detail.0&cntnt01articleid=2&cntnt01returnid=20>.

Einrichtungsgegenstände (Möbel, Teppiche u. ä.)	100	77
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	100	72

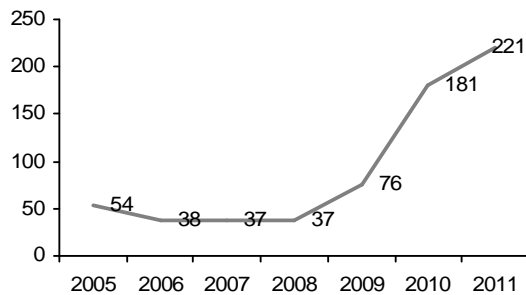
Quelle: Eurostat

Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, beträgt zwar das Durchschnitts- und Mindesteinkommen in Litauen nur ein Fünftel bis die Hälfte dessen, was in vielen EU-Staaten verdient wird, aber die Preise für zahlreiche wichtige Waren und Dienstleistungen liegen nur 10-30% unter dem EU-Durchschnitt. Der allgemeine Preisindex in Litauen wird nur durch geringere Preise für Wohnungen, Bildung und Gesundheitsversorgung (von denen bekanntlich nur ein geringer Teil statistisch erfasst ist) gedrückt. Allerdings liegen auch diese Preise bei etwa 40% des EU-Durchschnitts, während Arbeitslöhne, Renten und Sozialhilfen um ein Vielfaches geringer sind als in den übrigen EU-Ländern.

Angesichts des allgemein niedrigen Lohnniveaus in Litauen, der geringen Kaufkraft und der beträchtlichen Unterschiede im Arbeitseinkommen (in einigen Branchen kann das Durchschnittseinkommen das anderer Branchen um ein Mehrfaches übersteigen) verfügt die Mehrheit der Arbeitnehmer in Litauen über ein sehr geringes Arbeitsentgelt. Dies belegt auch das Kriterium der Armut trotz Erwerbstätigkeit – der Anteil der erwerbstätigen Armen in Litauen ist einer der höchsten in der EU (siehe Anhang 6).

Bei den geringen Arbeitseinkünften und den unattraktiven Arbeitsbedingungen (nach einer laufenden Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu den Arbeitsbedingungen in Europa bewerten Arbeitnehmer in Litauen ihre Arbeitsbedingungen wesentlich schlechter als diejenigen in den Ländern der EU) haben große Teile der Bevölkerung – vor allem dann, wenn sie geringer gebildet sind oder mehr Angehörige zu versorgen haben, d.h. nur geringste Einkommen erwarten können – kein Interesse an einem Eintritt in den Arbeitsmarkt und sind eher geneigt, nur von der Sozialhilfe zu leben (nicht selten in Verbindung mit einer Tätigkeit in der Schattenwirtschaft). Als die Krise 2008 begann und die Attraktivität der Arbeit noch weiter zurückging, die Arbeitslosenzahlen stiegen und die Menschen weniger Geld zur Verfügung hatten, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Litauen auf das Fünf- bis Sechsfache (siehe Abb. 3).

Abb. 3: Zahl der Sozialhilfeempfänger in Litauen 2005-2011 (in Tsd.)



Quelle: Litauisches Amt für Statistik

Insgesamt implizieren das geringe Arbeitseinkommen, die hohen Einkommensunterschiede und der große von Sozialhilfe lebende Bevölkerungsanteil eine beträchtliche wirtschaftliche Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient Litauens übersteigt seit vielen Jahren den der übrigen EU-Länder (siehe Anhang 7).

Die stark ausgeprägte wirtschaftliche Ungleichheit in der Bevölkerung bei geringem Lebensstandard sind Ursachen für die große Zahl der Menschen, die in Armut und sozialer Ausgrenzung leben. Nach Angaben von Eurostat waren 2010 über 33% der Menschen in Litauen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen – einer der höchsten Werte in der EU.

Die große Ungleichheit und der große Anteil der Bevölkerung, der in Armut und sozialer Ausgrenzung lebt, schaffen langfristig eine bedrohliche Chancenungleichheit mit unumkehrbaren Folgen für die Zukunft.

5. Zukunftsaussichten

Fasst man die Untersuchungsergebnisse zusammen, muss man feststellen, dass die Auswirkungen der Krise und die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Abschwungs zu einem großen Teil von der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung eines Landes abhängen. Eine Prüfung der grundlegenden sozioökonomischen Indikatoren des Landes ergibt, dass es in Litauen an gezielten und rechtzeitig ergriffenen Maßnahmen fehlt, die auf die Lösung der sozialen Probleme (in erster Linie auf die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen) ausgerichtet sind.

Als Folge der Krise war die Arbeitslosenrate dramatisch angestiegen, und das in jüngster Zeit im Land zu beobachtende Wirtschaftswachstum zeigte sich in besonders ungünstigem Lichte, da es sich nicht beschäftigungsfördernd auswirkte: Die Wirtschaft wuchs zwar, doch nahm die Zahl der Beschäftigten gar nicht oder nur unproportional langsam zu oder sie nahm sogar ab (Wirtschaftswachstum ohne Schaffung neuer Arbeitsplätze, "jobless growth"). So nahm beispielsweise das BIP in Litauen 2010 um 1,4% zu, während die Beschäftigtenzahl gleichzeitig um 5,1% zurückging. 2011 stieg das BIP sogar um 5,9% an, die Zahl der Beschäftigten dagegen lediglich um 2%. Im ersten Quartal 2012 nahm das BIP in Litauen (im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum) um 3,9% zu, die Beschäftigtenzahl jedoch lediglich um 1,9%.

In diesem Zusammenhang muss der zahlenmäßige Rückgang der in Litauen tätigen Unternehmen während und nach der Krise berücksichtigt werden: Im Zeitraum 2009-2011 (vom 1. Januar 2009 bis zum 1. Januar 2012) nahm die Zahl der Unternehmen um 4,2% ab (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Zahl der in Litauen tätigen Unternehmen von 2009 bis zum 1. Januar 2012

	2009	2010	2011	2012
Zahl der Unternehmen				
Unternehmen gesamt	65.629	63.840	66.840	62.889
bis 9 Beschäftigte	48.679	46.858	52.270	48.917
10-49 Beschäftigte	13.580	13.658	11.892	11.399
50-249 Beschäftigte	2.973	2.931	2.372	2.270
250 und mehr Beschäftigte	397	393	306	303
Änderung der Zahl der Unternehmen in %				
Unternehmen insgesamt	-	-2,7	4,7	-5,9
bis 9 Beschäftigte	-	-3,7	11,5	-6,4
10-49 Beschäftigte	-	0,6	-12,9	-4,1
50-249 Beschäftigte	-	-1,4	-19,1	-4,3
250 und mehr Beschäftigte	-	-1,0	-22,1	-1,0

Quelle: Litauisches Amt für Statistik

Der stärkste Rückgang kleiner, mittlerer und großer Unternehmen war 2010 zu verzeichnen, während die Zahl der Kleinstunternehmen 2011 am stärksten schrumpfte. Im gesamten Zeitraum 2009-2011 nahm die Zahl der mittelständischen und großen Unternehmen um fast ein Viertel (24%) und die der Kleinunternehmen um 16% ab.

Die oben beschriebenen Tendenzen legen den Schluss nahe, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes (darunter auch die Politik zur Unternehmensförderung) ihre Wirkung verfehlt hat. Sie hat weder einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen zur Folge, noch trägt sie zur Unternehmensentwicklung im Lande bei.

Unseres Erachtens ist eine Wirtschaftsentwicklung ohne Beschäftigungsförderung nicht nachhaltig, sie führt vielmehr dazu, dass die Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter verschärft werden, während die sozialen Probleme des Landes ungelöst bleiben (vgl. Abb. 4). Eine niedrige Beschäftigungsquote der Bevölkerung und niedrige Einkünfte beschränken einerseits die Möglichkeiten des Staates zur Aufstellung eines Haushalts, während sie andererseits dazu führen, dass immer umfangreichere Haushaltsmittel zur Gewährleistung der sozialen Stabilität aufgewendet werden müssen.

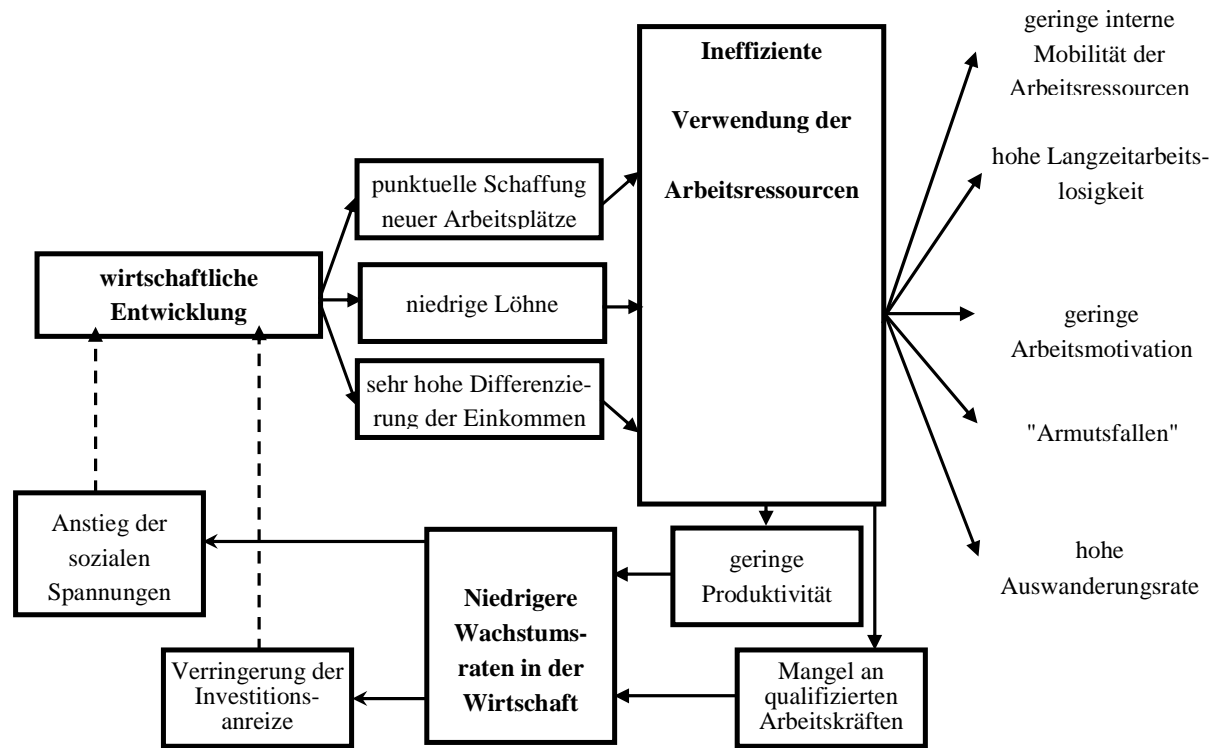
Es besteht die Erwartung, dass die Zahl der Arbeitsplätze gesteigert und die Beschäftigung gefördert wird, wenn der Unternehmensförderung, der Verbesserung des unternehmerischen Umfelds und der Liberalisierung der Arbeitsverhältnisse auf der politischen Agenda ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Da der soziale Dialog jedoch nicht auf eine lange Tradition zurückblicken kann und es auch keine tiefgreifenden Prinzipien der Unternehmensethik gibt, wird ein "Wirtschaftsliberalismus" nur zur Folge haben, dass den Arbeitskräften noch prekärere Arbeitsplätze und noch weniger attraktive Arbeitsbedingungen angeboten werden.

Eine objektive Bewertung der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Lage in Litauen lässt den Schluss zu, dass aufgrund der zur Zeit im Land zu beobachtenden Prozesse – Abwanderung, Bevölkerungsalterung, eine stark ausgeprägte Schattenwirtschaft (verschiedenen Einschätzungen zufolge kann die Schattenwirtschaft in Litauen bis zu 20% des BIP betragen)⁸ und die derzeit angewandte Sozialversicherungs- und Steuerpolitik – die Arbeitskräfte des Landes eine bedeutende steuerliche Belastung zu tragen haben, während gleichzeitig die Arbeit schlecht bezahlt wird, wodurch die Attraktivität der Beschäftigung weiter verringert und so die Auswanderung gefördert wird.

8

Nach lettischen Angaben war im Mai 2012 die Schattenwirtschaft in Litauen schwächer ausgeprägt als in Lettland oder Estland. Abruflbar unter: <http://www.15min.lt/naujiena/pinigai/lietuvos-naujienos/latviai-nustate-kad-lietuvoje-seseline-ekonomika-mazesne-nei-ju-salyje-ir-estijoje-194-222698#ixzz1yArRVXNq>; Jasinskaitė A., "Šešėlinę ekonomiką sutramdys grynujų pinigų ribojimas? [Kann durch eine Verringerung des Bargeldumlaufs die Schattenwirtschaft eingedämmt werden?]", Juni 2012. Abruflbar unter: http://projektai.delfi.lt/ausigikisene/news/seseline-ekonomika-sutramdys-grynuju-pinigu-ribojimas.d?id=58860883#a_emb_134004749175688_6072.

Abb. 4: Algorithmus der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Litauen



Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Tendenzen im Land müssen sich die Arbeitnehmer in Litauen für die nächste Zukunft auf die Perspektive **geringer Arbeitsvergütung** und **unattraktiver Arbeitsbedingungen** gefasst machen.

Um die gegenwärtige Situation zu ändern, bedarf es zielgerichteter Maßnahmen der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, die vor allem darauf ausgerichtet sind, Arbeitsplätze zu schaffen und die Beschäftigung zu fördern, die Arbeitsvergütung zu erhöhen und die Steuerlast zu verringern sowie die Attraktivität der Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Aus Statistiken und besonderen Untersuchungen ergibt sich folgendes Bild:

- Nach dem auf die Beschäftigten entfallenden BIP-Anteil und nach dem Anteil der Ausgaben für Löhne und Gehälter an den Gesamtkosten der Unternehmen ist Litauen eines der Schlusslichter der EU.
- Andererseits belegt es nach der Besteuerung des Arbeitsentgelts einen der zehn Spitzenplätze in der EU-27.
- Die Arbeitnehmer in Litauen schätzen ihre Arbeitsbedingungen weitaus geringer ein als die Einwohner vieler anderer EU-Mitgliedstaaten (Aufstiegchancen, psychologisches und soziales Arbeitsumfeld, Auswirkungen der Arbeit auf die Gesundheit etc.).
- wie bereits erwähnt, findet in den meisten Unternehmen Litauens praktisch kein sozialer Dialog statt, die Arbeitnehmer sind nur unzureichend informiert, und/oder es gibt keine Konsultationen mit ihnen.

Unseres Erachtens müsste erst eine Trendwende der oben beschriebenen Tendenzen einsetzen (Anhebung der Löhne und Gehälter, Verringerung der steuerlichen Belastung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen), damit die Arbeitnehmer ein Interesse daran hätten, auf den (offiziellen) Arbeitsmarkt zurückzukehren, wodurch wiederum die Abwanderung, das Ausmaß der Schattenwirtschaft und die Arbeitslosigkeit eingedämmt würde; und wenn dann die Beschäftigtenzahlen anstiegen angesichts höherer Arbeitsvergütungen die Steuerlast gleichmäßiger verteilt würde, würde auch der Konsum wieder ansteigen. Auf diese Weise würden die

Voraussetzungen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes geschaffen.

Zusammenfassung

Die Wirtschaft in Litauen und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren lassen sich durch drei Merkmale charakterisieren, die Litauen von den übrigen EU-Mitgliedstaaten unterscheiden: 1) Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Litauens ist eines der niedrigsten in der Europäischen Union. 2) Der Anteil der Beschäftigten am BIP ist einer der geringsten in den EU-Mitgliedstaaten. 3) Charakteristisch für Litauen ist die große wirtschaftliche Instabilität – in den letzten zehn Jahren wies Litauen in der EU die stärksten Schwankungen des BIP auf, sowohl nach unten als auch nach oben. Das niedrige BIP und der geringe BIP-Anteil der Beschäftigten lassen automatisch auf gewisse Probleme des Arbeitsmarktes schließen bzw. diese voraussehen: geringe Durchschnitts- und Mindestlöhne (entsprechend geringer Konsum und niedriger Lebensstandard), geringer wirtschaftlicher Anreiz (Motivation) zur Arbeit, Abwanderung in Länder mit höherem Lebensstandard und daraus folgender Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, Ausbreitung der Schattenwirtschaft etc. Die unstete wirtschaftliche Entwicklung begünstigt eine weniger effiziente Nutzung der Ressourcen (auch der Humanressourcen) und erhöht das Wohlstandsgefälle, was seinerseits die negativen sozialen Folgen im Land verstärkt.

Dieser negative wirtschaftliche Trend wird noch zusätzlich durch eine negative demografische Entwicklung verschärft: Während die Einwohnerzahl Litauens ständig abnimmt, schreitet die Alterung der Gesellschaft rasch voran. Litauen weist die höchste Auswanderungsquote in der EU auf, was umso besorgniserregender ist, als es sich bei den meisten Emigranten um junge, gut ausgebildete Menschen im erwerbsfähigen Alter handelt.

Die unstete wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auch negativ auf die Dynamik der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit aus: Die Arbeitslosenquote schwankte in den letzten zehn Jahren beständig um etwa zehn Prozentpunkte und war zusätzlich dadurch gekennzeichnet, dass sie nach einer Krise nur jeweils sehr langsam wieder sank. Erschwerend kommt hinzu, dass vor dem Hintergrund des Anstiegs der Arbeitslosenzahlen in Litauen die Zahl der Langzeitarbeitslosen und damit deren Anteil an der Arbeitslosenzahl insgesamt unverhältnismäßig rasch zunahm.

Die hohe Auswanderungsrate, die hohe offizielle Arbeitslosenquote und die sehr träge verlaufende Eingliederung der Arbeitslosen in den litauischen Arbeitsmarkt gehen zum Teil auch auf das geringe Arbeitseinkommen zurück – sowohl bei den Durchschnittseinkommen als auch bei den Mindestlöhnen belegt Litauen einen der letzten Plätze in der EU. Darüber hinaus sind die Einkommen in Litauen in den letzten Jahren praktisch nicht gestiegen. Durch diese Lage verliert der litauische Arbeitsmarkt weiter an Attraktivität, was in Zukunft dazu führen kann, dass die Möglichkeiten der Unternehmen, die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte zu finden, und damit die Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Entwicklung immer weiter schwinden.

Zu den Besonderheiten des litauischen Arbeitsmarktes gehört auch die Diskrepanz zwischen dem Angebot und der Nachfrage an Arbeitskräften, die sich während der Abschwächung der Konjunktur noch weiter verschärft hat. Sowohl bei der räumlichen Verteilung als auch bei den beruflichen Qualifikationen entspricht das Angebot an Arbeitskräften nicht der jeweiligen Nachfrage. Bezüglich der räumlichen Verteilung besteht das grundlegende Problem darin, dass es außerhalb der größeren Städte an qualifizierten Arbeitskräften mangelt (gut ausgebildete Führungskräfte, Projektleiter, Ingenieure, Ärzte und Finanzfachleute). Das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage von Berufen tritt dadurch zutage, dass in Litauen zwar viele Fachleute in universitären Studiengängen ausgebildet werden, allerdings vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften, während es auf dem Markt zunehmend an technisch und naturwissenschaftlich ausgebildeten Fachleuten und entsprechend qualifizierten Arbeitskräften fehlt.

Auch die schwach ausgeprägte Tradition des sozialen Dialogs in Litauen trägt wesentlich zu der schlechten Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktsituation bei. Es gibt zwar drei nationale Gewerkschaftszentren und zwei Arbeitgeberverbände, die sich auf nationaler Ebene aktiv am sozialen Dialog beteiligen, aber auf Betriebs- und vor allem auf Branchenebene (mit Ausnahme weniger Branchen) bleibt die Lage weiterhin problematisch. Nach dem Grad der gewerkschaftlichen

Organisation rangiert Litauen auf einem der letzten Plätze unter den EU-Mitgliedstaaten, und da es praktisch keine Branchentarifverträge gibt, belegt das Land auch nach diesem Kriterium einen der letzten Plätze in der EU.

Viele schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Probleme gehen unseres Erachtens auch auf die völlig unangemessene Finanzpolitik in Litauen in den letzten zehn Jahren zurück. Während des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden die Staatsausgaben erhöht und die Steuern gesenkt, was den Inflationsprozess und die Entstehung unmotivierter Preisblasen vorantrieb. Während des Konjunkturrückgangs dagegen war es umgekehrt – es wurde eine strenge und mitunter unbegründete Sparpolitik betrieben. Einen besonders strengen Sparkurs schlug Litauen in den Jahren 2009-2010 ein; so wurden nach Beginn der Krise u.a. die Mehrwertsteuer erhöht, die Renten und Arbeitslosenunterstützung gekürzt, die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung verschärft, die Gehälter im öffentlichen Dienst gekürzt und der Mindestlohn vier Jahre lang nicht erhöht.

Mit der nun verfolgten Politik gelang es zwar, die Finanzen des Landes in den Griff zu bekommen, allerdings führte sie auch zu einer Verschärfung und Vermehrung der sozialen Probleme und wurde zum Auslöser einer zweiten Auswanderungswelle nach dem Beitritt Litauens zur EU. Als die Krise 2008 begann und die Attraktivität der Arbeit noch weiter zurückging, die Arbeitslosenzahlen stiegen und die Menschen weniger Geld zur Verfügung hatten, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Litauen auf das Fünf- bis Sechsfache, und der Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung belief sich auf 33%.

Um unter den erheblich erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen zu überleben, bemühten sich die Unternehmen des Landes, die Kosten zu senken, darunter auch die Lohnkosten für ihre Beschäftigten. 2009-2010 wurde das Arbeitsentgelt der Beschäftigten vieler privater und staatlicher Unternehmen, Behörden und Organisationen gekürzt (mit oder ohne Einverständnis der Gewerkschaften), oder die Beschäftigten wurden gezwungen, unbezahlten Urlaub zu nehmen oder eine Kürzung der Wochen- bzw. Tagesarbeitszeit zu akzeptieren, so dass sie entsprechend weniger Geld für ihre Arbeit erhielten. Nicht mehr konkurrenzfähige Unternehmen gingen bankrott, und die Zahl der entlassenen Mitarbeiter stieg 2009-2010 auf ein Mehrfaches.

Um die litauischen Arbeitnehmer sowohl vor den Unternehmen als auch vor der "sparsamen" Regierung in Schutz zu nehmen, ergriffen die Gewerkschaften während der Krise auf nationaler Ebene die Initiative: 2009-2011 kam der Dreier-Rat der Sozialpartner Litauens (LRTT), der wichtigsten Institution des sozialen Dialogs in Litauen, mehrmals zusammen, verhandelte in Sitzungen mit dem Premierminister über die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns sowie über das Für und Wider der Liberalisierung des Arbeitsrechts. Die Sozialpartner konnten sich zwar lange nicht über die Erhöhung des Mindestlohns einigen, aber immerhin gelang es den Gewerkschaften, mehrere Initiativen zur Liberalisierung des Arbeitsrechts abzuwenden, die nach der Maxime geplant gewesen waren, Unternehmensförderung sei der beste Weg zur Überwindung der Krisenfolgen; dazu gehörten die Lockerung der Kündigungsbedingungen, den vermehrten Rückgriff auf Zeitarbeitsverträge, Überstunden usw.

Fasst man die Untersuchungsergebnisse zusammen, muss man feststellen, dass die Auswirkungen der Krise und die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Abschwungs zu einem großen Teil von der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung eines Landes abhängen. Eine Prüfung der grundlegenden sozioökonomischen Indikatoren des Landes ergibt, dass es in Litauen an gezielten und rechtzeitig ergriffenen, auf die Lösung der sozialen Probleme (in erster Linie auf die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen) politischen Maßnahmen fehlt.

In jüngster Zeit ist in Litauen ein Wirtschaftswachstum zu beobachten, das sich nicht beschäftigungsfördernd auswirkt, das heißt, die Wirtschaft wächst zwar, doch nimmt die Zahl der Beschäftigten gar nicht oder nur unproportional langsam zu, oder sie geht sogar zurück. Ungeachtet der viel beschworenen Unterstützung für die Unternehmen ist deren Zahl in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen (dies betrifft alle Arten von Unternehmen; die Zahl der mittleren und großen Unternehmen verringerte sich zwischen 2009 und 2011 mit 24% um fast ein Viertel). Diese und zahlreiche andere soziale und wirtschaftliche Entwicklungen legen den Schluss nahe, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes (darunter auch die Politik zur Unternehmensförderung) ihre Wirkung verfehlt hat. Sie hat weder einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen zur Folge, noch trägt sie zur Unternehmensentwicklung im Lande bei.

Unseres Erachtens ist eine Wirtschaftsentwicklung ohne Beschäftigungsförderung nicht nachhaltig, sie führt vielmehr dazu, dass die Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter verschärft werden, während die sozialen Probleme des Landes ungelöst bleiben. Es besteht die Erwartung, dass die Zahl der Arbeitsplätze gesteigert und die Beschäftigung gefördert wird, wenn der Unternehmensförderung, der Verbesserung des unternehmerischen Umfelds und der Liberalisierung der Arbeitsverhältnisse auf der politischen Agenda ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Da der soziale Dialog jedoch nicht auf eine lange Tradition zurückblicken kann und es auch keine tiefgreifenden Prinzipien der Unternehmensethik gibt, wird ein "Wirtschaftsliberalismus" zur Folge haben, dass den Arbeitskräften lediglich prekäre Arbeitsplätze und weniger attraktive Arbeitsverträge angeboten werden.

Eine objektive Bewertung der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Lage in Litauen lässt den Schluss zu, dass aufgrund der zur Zeit im Land zu beobachtenden Prozesse – Abwanderung, Bevölkerungsalterung, eine stark ausgeprägte Schattenwirtschaft und die derzeit angewandte Sozialversicherungs- und Steuerpolitik – die Arbeitskräfte des Landes eine bedeutende steuerliche Belastung zu tragen haben, so dass ihnen nur ein geringer Arbeitslohn bleibt, wodurch die Attraktivität der Beschäftigung weiter verringert und die Auswanderung gefördert wird. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und beschäftigungspolitischen Tendenzen im Land müssen sich die Arbeitnehmer in Litauen für die nächste Zukunft auf die Perspektive **geringer Arbeitsvergütung** und **unattraktiver Arbeitsbedingungen** einstellen.

Um die gegenwärtige Situation zu ändern, bedarf es zielgerichteter Maßnahmen der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, die vor allem darauf ausgerichtet sind, Arbeitsplätze zu schaffen und die Beschäftigung zu fördern, die Arbeitsvergütung zu erhöhen und die Steuerlast zu verringern sowie die Attraktivität der Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Unseres Erachtens müsste erst eine Trendwende der oben beschriebenen Tendenzen einsetzen (Anhebung der Löhne und Gehälter, Verringerung der steuerlichen Belastung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen), damit die Arbeitnehmer ein Interesse daran hätten, auf den (offiziellen) Arbeitsmarkt zurückzukehren, wodurch wiederum die Abwanderung, das Ausmaß der Schattenwirtschaft und die Arbeitslosigkeit eingedämmt würde; und wenn dann die Beschäftigtenzahlen anstiegen angesichts höherer Arbeitsvergütungen die Steuerlast gleichmäßiger verteilt würde, würde auch der Konsum wieder ansteigen. Auf diese Weise würden die Voraussetzungen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes geschaffen.

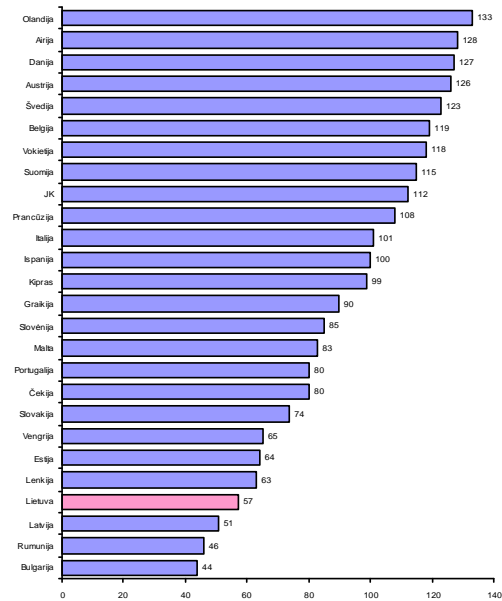
Literatur

1. Ergebnisse der Umfrage "Vertrauen in die Institutionen", Vilnius, Juni 2012 (Vilmorus). Im Internet unter http://www.vilmorus.lt/index.php?mact=News,cntnt01_detail,0&cntnt01articleid=2&cntnt01returnid=20.
2. Vergleich der Preise für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen 2011. Im Internet unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Comparative_price_levels_of_consumer_goods_and_services#Main_statistical_findings.
3. Bericht der EBO "Anpassung der Unterstützungssysteme für Arbeitslose an den Konjunkturzyklus", 2011. Im Internet unter: <http://www.eu-employment-observatory.net/resources/reviews/EEORReview-UB-2011-EN-OOPEC.pdf>
4. Bericht der EBO "Beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alterns", 2012. Im Internet unter: <http://www.eu-employment-observatory.net/resources/reviews/EEORReview-ActiveAgeing-2012-published.pdf>
5. "Konjunkturprogramm gescheitert." Januar 2011. Im Internet unter: http://www.alfa.lt/straipsnis/10435011/Ekonomikos.skatinimo.planas.zlugo=2011-01-05_08-32/
6. "Milliardenschweres Konjunkturprogramm nutzlos für Litauen", Januar 2011. Im Internet unter <http://www.visasverslas.lt/portal/categories/10/1/0/1/article/7984/ekonomikos-skatinimo-planas-milijardai-be-jokios-naudos-saliai>;
7. Gruževskis, Boguslavas: "Litauens Wirtschaft – Wachstum ohne Beschäftigung", März 2012. Im Internet unter: <http://verslas.delfi.lt/business/bgruzevskis-lietuvos-ekonomika-auga-nekurdama-darbo-vietu.d?id=56600217>.
8. Jasinskaitė, Aistė: "Kann durch eine Verringerung des Bargeldumlaufs die Schattenwirtschaft eingedämmt werden?", Juni 2012. Im Internet unter: http://projektai.delfi.lt/saugikisene/news/seseline-ekonomika-sutramdys-grynuju-pinigu-ribojimas.d?id=58860883#a_emb_134004749175688_6072.
9. Kniežaitė, Milda: "Todesfälle als Grenzsteine des Wohlstands", März 2012. Im Internet unter: http://www.alfa.lt/straipsnis/14160197/Kai.mirtys.zymi.Lietuvos.geroves.uzribi=2012-03-31_14-06/
10. Nach lettischen Angaben war im Mai 2012 die Schattenwirtschaft in Litauen schwächer ausgeprägt als in Lettland oder Estland. Im Internet unter: <http://www.15min.lt/naujiena/pinigai/lietuvas-naujienos/latviai-nustate-kad-lietuvoje-seseline-ekonomika-mazesne-nei-ju-salyje-ir-estijoje-194-222698#ixzz1yArRVXNg>; Jasinskaitė, Aistė: "Kann durch eine Verringerung des Bargeldumlaufs die Schattenwirtschaft eingedämmt werden?" Litauischer Arbeitsmarkt/ Monatsbericht, 2012. Im Internet unter: <http://www.ldb.lt/Informacija/DarboRinka/Puslapiai/default.aspx>.
11. Wirtschaftsbericht Litauen. Lietuvos bankas [Bank von Litauen], Mai 2012. Im Internet unter: http://www.lb.lt/lietuvas_ekonomikos_apzvalga_2012_m_geguzes_men.
12. Wirtschaftsbericht Litauen. Wirtschaftsministerium, April 2012. Im Internet unter: <http://www.ukmin.lt/uploads/documents/Apzvalgos/2012%20m.%20BALANDIS%20-%20m%C4%97nesin%C4%97%20ap%C5%BEvalga.pdf>.
13. Migration in Zahlen, 2012. Im Internet unter <http://123.emn.lt/en>.
14. Mindestlöhne, 2012. Im Internet unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tps00155&plugin=1>.
15. Pasiliauskas, Martynas: "Endet das Konjunkturprogramm im Fiasko?", Oktober 2010. Im Internet unter: <http://www.ekonomika.lt/naujiena/ekonomikos-skatinimo-plano-fiasko-774.html>.
16. "Swedbank: Wachstum der litauischen Wirtschaft trotz Rezession im Euroraum", Januar 2012. In Internet unter: <http://www.forex.lt/naujienos/lietuvas-ekonomins-naujienos/30270-swedbank-lietuvas>;
17. Šiaulienė, Irena: "Wo ist das Konjunkturprogramm geblieben?", Januar 2012. Im Internet unter: <http://www.delfi.lt/news/ringas/politics/isiauliene-kur-dingo-ekonomikos-skatinimo-planas.d?id=53982555>.
18. Šliužas, Kazimieras: "Mit neuen Arbeitsplätzen Geld in die Staatskasse spülen". März 2012. In Internet unter: <http://www.lzinios.lt/Ekonomika/Bus-darbo-vietu-pilnes-ir-biudzetas>.

Internetportale:

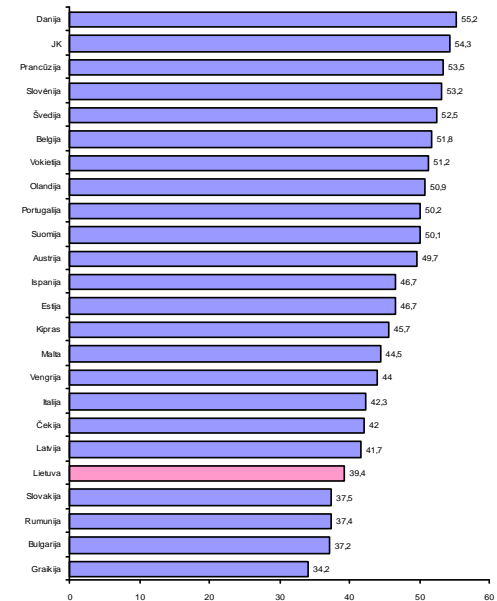
- www.ldb.lt (Litauisches Arbeitsamt)
- www.lrs.lt (Litauisches Parlament (Seimas))
- www.lrtt.lt (Dreier-Rat der Sozialpartner)
- www.lrv.lt (Litauische Regierung)
- www.smm.lt (Bildungsministerium)
- www.socmin.lt (Ministerium für soziale Sicherheit und Arbeit)
- www.stat.gov.lt (Litauisches Amt für Statistik)
- www.ukmin.lt (Wirtschaftsministerium)
- www.vdi.lt (Staatliche Aufsichtsbehörde für Arbeit)

Anhang 1: BIP pro Kopf der Bevölkerung auf der Grundlage der Kaufkraftparität, 2010 (EU=100%)



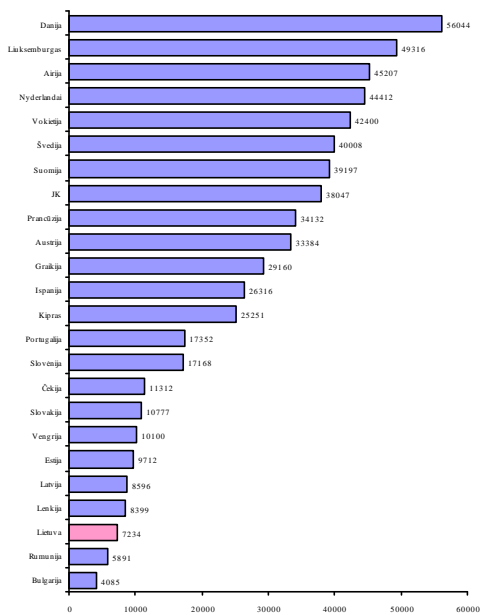
Quelle: Eurostat

Anhang 2: Entschädigung für Beschäftigte, 2011 (Anteil des BIP, in %)



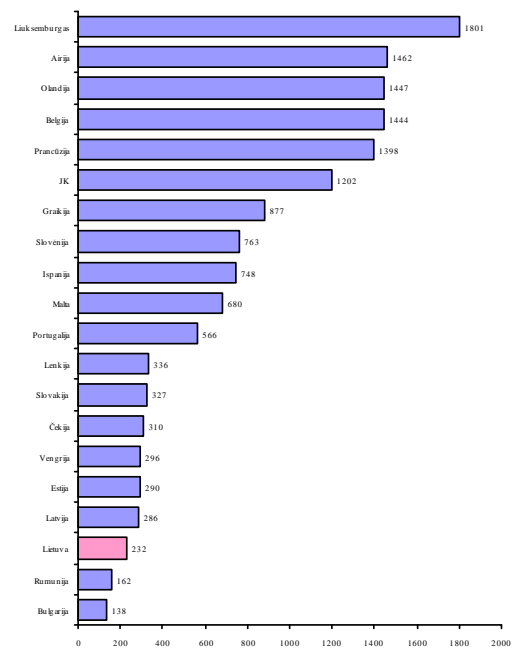
Quelle: Eurostat

Anhang 3: Durchschnittliches Brutto-Jahreseinkommen aus Erwerbstätigkeit⁹ (in der Privatwirtschaft), EU 2009-2012 (in EUR)



Quelle: Eurostat

Anhang 4: Mindestlöhne in der EU 2012 (EUR pro Monat)

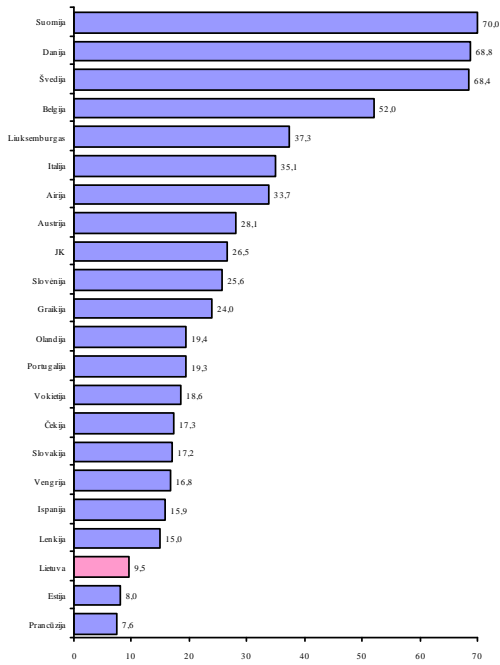


Quelle: Eurostat

9

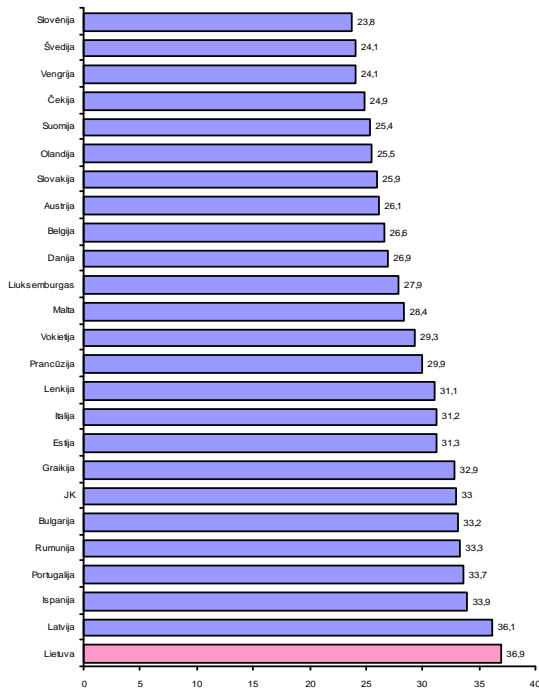
Von Beschäftigten, die während ihres gesamten Arbeitslebens in Unternehmen mit 10 oder mehr Mitarbeitern gearbeitet haben. In Slowenien und Litauen – Zahl der Beschäftigten in durchschnittlichen Jahresarbeitsseinheiten.

Anhang 5: Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit in der EU 2009-2010 (in %)



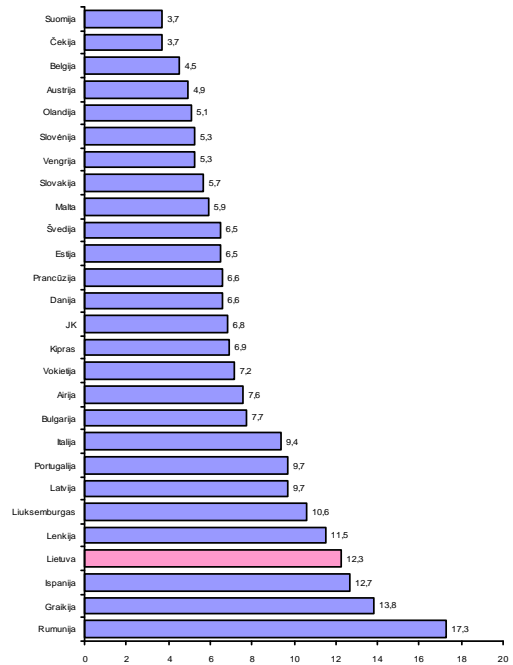
Quelle: OECD, Litauisches Amt für Statistik

Anhang 7: Gini-Koeffizient in der EU 2010 (in %)



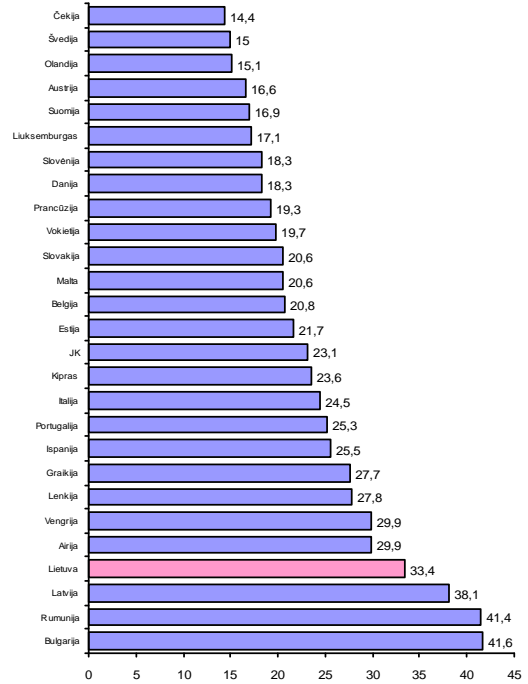
Quelle: Eurostat

Anhang 6: Armut trotz Erwerbstätigkeit in der EU 2010 (in %)



Quelle: Eurostat

Anhang 8: Armut und soziale Ausgrenzung in der EU 2010 (in %)



Quelle: Eurostat

Mitglieder der Arbeitnehmergruppe, die Litauen vertreten.



Gruzdiene Grazina

*Vorsitzende der Gewerkschaft der in der Lebensmittelindustrie Beschäftigten Litauens (LMP), Vertreterin des Gewerkschaftsverbandes Litauens (LPSK) im
Drittparitätischen Rat der Republik Litauen
NAT, SOC*



Kvedaraite Daiva

*Sekretärin für internationale Angelegenheiten der litauischen Gewerkschaft
"Solidarumas"
REX, SOC, TEN*



Preidiene Inga

*Stellvertreterin der Jugendorganisation des Arbeitsverbandes Litauens (LDF)
ECO, NAT, TEN*



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2013-27-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2013
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

DE



QE-30-12-150-DE-C
ISBN 978-92-830-2011-0



doi:10.2864/27464